
Ausbildungsabgabe – darum geht es

11.07.25 | Berlin

Ausbildungsabgabe – darum geht es

Die wichtigsten Fragen zum Vorhaben des Senats

Was ist eine Ausbildungsplatzabgabe?

Eine Abgabe, die Unternehmen in Berlin zahlen müssen, wenn sie keine oder zu wenige Ausbildungsplätze anbieten – unabhängig von den Gründen.

Wen würde die Abgabe betreffen?

Alle Berliner Unternehmen mit mindestens einem Beschäftigten – es sei denn, es gilt bereits ein Abgabensystem für die Ausbildung in der jeweiligen Branche.

Was bedeutet eine Abgabe finanziell?

Dem aktuellen Gesetzentwurf zufolge – der sich noch ändern kann – muss ein Unternehmen bis zu 0,5 Prozent der Bruttolohnsumme pro Jahr in den Ausbildungstopf des Landes zahlen. Im Gegenzug ist eine Rückvergütung möglich. Diese orientiert sich an der Zahl der Auszubildenden, an der Frage, ob diese im ersten, zweiten oder dritten Lehrjahr lernen und daran, ob sie die Prüfung am Ende erfolgreich abschließen.

Gilt die Abgabe auch für Unternehmen, die keinen geeigneten Nachwuchs finden?

Nach bisheriger Diskussion: ja. Auch wer ausbilden möchte, aber keine geeigneten Bewerber findet, müsste zahlen.

Ab wann soll die Ausbildungsplatzumlage kommen?

Sofern bis zum 31. Dezember 2025 nicht 2.000 zusätzliche Ausbildungsverträge abgeschlossen sind, werden Zahlungen ab Anfang 2028 fällig.

Bringt eine Ausbildungsabgabe mehr Ausbildungsplätze?

Bremen hat 2023 eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt – als bislang einziges Bundesland. Dort ist bei der Zahl der Ausbildungsverträge kein Zuwachs zu verzeichnen.

Auch im Berliner Baugewerbe, das seit Jahren über eine Umlage finanziert wird, sinkt die Zahl der Ausbildungsbetriebe. Hauptursache für diesen Rückgang ist nicht der finanzielle Rahmen, sondern der Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern.

Was können Unternehmen jetzt tun?

Sich frühzeitig informieren, Position beziehen – z. B. über die UVB oder indem Sie diese [Petition gegen die Ausbildungsplatzabgabe](#) unterzeichnen. Zudem können sie ihre Ausbildungsbereitschaft noch deutlicher machen und ihr Werben um Nachwuchskräfte weiter verstärken. Wenn die Zahl der zusätzlichen Ausbildungsverträge weiter steigt, kann die Umlage noch abgewendet werden.

Was bedeutet eine Umlage für die Verwaltung?

Die Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage würde erheblichen Verwaltungsaufwand bedeuten. Zu den zentralen Aufgaben gehören die Einführung und Steuerung der Prozesse, der Betrieb eines Meldeportals samt technischer Betreuung und Datenverarbeitung, die Einrichtung von Service-Stellen zur Beantwortung betrieblicher Rückfragen, die Durchsetzung von Pflichten inklusive möglicher Sanktionen, die Organisation der Mittelverteilung an ausbildende Betriebe sowie die Einrichtung und laufende Betreuung eines Verwaltungsrats. Dabei fehlen bereits heute mehrere tausende Kräfte in der Verwaltung.

Was bedeutet die Abgabe für den Standort?

Die sogenannte Ausbildungsplatzumlage wirkt faktisch wie eine Sondersteuer für Unternehmen und stellt einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand dar, ohne die eigentlichen Probleme auf dem Ausbildungsmarkt zu beheben. Sie schafft falsche Anreize und belastet insbesondere Betriebe in wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder in Transformationsprozessen, selbst wenn dort keine nachhaltige Ausbildungsperspektive besteht.

-
- [Auf Xing teilen](#)
 - [Auf Facebook teilen](#)
 - [Auf X teilen](#)
 - [Auf LinkedIn teilen](#)

 - [Drucken](#)
 - [Als PDF speichern](#)

Mehr zum Thema Strafabgabe

www.ausbildung-statt-abgabe.berlin

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)